Antrag 136/I/2026
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
Der Landesparteitag möge beschließen:

Förderprogramm zur Einführung von Abbiegeassistenzsystemen für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen in Berlin

Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Abgeordnetenhaus Berlin werden aufgefordert, eine Regelung zu erarbeiten, nach der für alle in Berlin zugelassenen Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von über 3,5 Tonnen Förderprogramme für Abbiegeassistenzsysteme und deren Nachrüstungen ausgeweitet und verstärkt beworben werden, um den betroffenen Unternehmen den Umrüstprozess zu erleichtern.

Begründung

Schwere Lkw stellen beim Abbiegen im Stadtverkehr ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Immer wieder kommt es zu schweren oder gar tödlichen Unfällen, insbesondere wenn Radfahrende oder zu Fuß Gehende sich im toten Winkel der Fahrzeuge befinden. Trotz vorhandener technischer Möglichkeiten ist die Ausstattung mit Abbiegeassistenzsystemen bisher nicht flächendeckend umgesetzt. Ein verpflichtender Einbau solcher Systeme für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen in Berlin ist ein wichtiger Schritt, um die Vision Zero – also das Ziel, keine Verkehrstoten mehr im Stadtgebiet zu verzeichnen – zu erreichen. Ziel ist es, die Verkehrssicherheit, insbesondere für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrende, deutlich zu erhöhen.
Abbiegeassistenzsysteme können zuverlässig erkennen, wenn sich Personen im toten Winkel befinden, und die Fahrerin oder den Fahrer rechtzeitig warnen. Studien zeigen, dass bis zu 60 % der schweren Abbiegeunfälle mit solchen Systemen hätten verhindert oder deutlich abgemildert werden können.
Berlin hat als Metropole mit dichtem Verkehr, vielen Radfahrenden und starkem Lieferverkehr eine besondere Verantwortung, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine verpflichtende Einführung kann nicht nur Leben retten, sondern auch ein starkes Signal an andere Städte und an den Bund senden.

Darüber hinaus trägt die Maßnahme zur Entlastung von Fahrer*innen bei, die in stressigen Verkehrssituationen durch technische Unterstützung spürbar entlastet werden.
Die Kombination aus Pflichtausstattung, gezielten Förderprogrammen und verstärkter Aufklärungskampagne stellt sicher, dass die Einführung sowohl sozialverträglich als auch effektiv umgesetzt werden kann.